



WIRTSCHAFTSFORUM
SÜDOSTSCHWEIZ

Geht an:

- Medien im Raum Südostschweiz
- Fach- und Spezialpresse

14. Wirtschaftsforum Südostschweiz

Datum Freitag, 09. September 2011

Zeit 13.30 h bis 16.30 h

Ort gehla - Eventhalle – Bündner Herbstmesse, Areal Obere Au, 7000 Chur

Thema **Europa im Brennpunkt der Wirtschafts- und Energiepolitik
Schwacher Euro – Krise der Südländer – Die Welt nach Fukushima**

Medienmitteilung:

Energiewende und Frankenstärke hinterfragt

Die Eurokrise ist längst nicht ausgestanden, der Wandel der Energiepolitik hat eben erst begonnen: Am 14. Wirtschaftsforum Graubünden haben sich rund 500 Spitzenkräfte aus Politik und Wirtschaft aus erster Hand über die Zusammenhänge informieren lassen.

Vor drei Jahrzehnten hatte die Nationalbank schon einmal gegen den starken Franken gekämpft und die Schweizer Währung an die Deutsche Mark gekoppelt. Den gleichen Schritt wagte die Schweizerische Nationalbank (NSB) diese Woche. Doch mit ungleich höheren Risiken, wie Beat Kappeler, Sozialwissenschaftler und Publizist, am Freitag in der Eventhalle der Bündner Herbstmesse Gehla in Chur erläuterte: Die D-Mark war damals die stärkste Währung der Welt, der heutige Euro ist ein Patient, dem es immer schlechter geht.

Als Gegenwert für ihre Interventionen erhalte die NSB Werte in einer künstlich geschaffenen Währung, deren Fortleben in ihrer jetzigen Form unsicher sei, sagte Kappeler. Die Eurokrise beginne erst richtig, an Hilfspaketen des Internationalen Währungsfonds (IWF) dürfe sich unser Land nicht beteiligen. Die Schweiz solle nicht mitbezahlen für die Sanierung der Euroländer, den eigentlichen Grund für den Höhenflug des Frankens. Doch bleibe im Inland viel zu tun, sagte Kappeler und empfahl, „nicht allzu wehleidig“ auf die Probleme zu reagieren.

Reformen notwendig

Peter Siegenthaler, Finanzberater und bis Mitte letzten Jahres Chef der Finanzverwaltung des Bundes, bezeichnete den finanz- und geldpolitischen Spielraum als weitgehend ausgereizt. Die Konsolidierung der Haushalte werde den Druck verstärken, die Staatsausgaben zu senken und Steuerschlupflöcher zu schliessen. Die Tiefzinspolitik müsse ein Ende finden, ansonsten neue Finanzblasen drohten.

Der Politik empfahl der Finanzfachmann, strukturelle Reformen der Sozialversicherungen rasch anzugehen und sich für offene Märkte im Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsbereich einzusetzen. Nötig seien wirksame Massnahmen gegen die Too-big-to-fail-Problematik. Es brauche zudem eine steuerkonforme, grenzüberschreitende Vermögensverwaltung.

Sponsoren



Co-Sponsor



Networkingpartner





Umbau technisch machbar

Die Energiepolitik stand im Fokus des zweiten Teils der Tagung. Die Katastrophe in Fukushima habe gezeigt, dass Atomkraftwerke keine Option mehr sein könnten, sagte Kaspar Schuler, bei Greenpeace Schweiz Leiter des Bereichs Klima und Energie. Das Restrisiko sei zu gross, selbst mit Kernkraftwerken der jüngsten Generation. „Es gibt keine umfassende AKW-Sicherheit“, erklärte Schuler. Die Lücke mit Kohle zu schliessen, sei wegen des CO₂-Ausstosses und der Verfeuerung der zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe nicht zu verantworten.

Der Umbau der Energieversorgung mache technisch keine Probleme, und es brauche keine neuen Stauseen in Graubünden dazu. Unabdingbar sei hingegen die rasche Erschliessung der neuen, erneuerbaren Energiequellen und den dazu notwendigen Druck des Kantons. Der Binnenmarkt werde dadurch grossen Schub erhalten. „Das ist das beste Förderungsprogramm für den Binnenmarkt“, sagte Schuler.

Wandel als Chance

„Der Umbau der Energielandschaft Schweiz ist möglich“, versicherte Walter Steinmann, der Direktor des Bundesamtes für Energie. Es gehe nicht allein um den Ausstieg aus der Kernkraft, sondern auch um den Umgang mit Öl, Benzin, Gas und Strom. Die Energiepreise werden laut Steinmann stark ansteigen, die Nutzung erneuerbare Energiequellen und Effizienzsteigerungen seien die Antworten darauf.

Die Herausforderungen sind laut Steinmann nur gemeinsam mit anderen Staaten und internationalen Organisationen zu meistern. Es brauche ein Miteinander von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Kosten für den Umbau der Energieversorgung bezifferte der Direktor des Bundesamtes auf 0,4 bis 0,7 Prozent des Brutto-Inlandprodukts. Diese Investitionen eröffneten der Wirtschaft grosse Chancen, insbesondere den Firmen im Cleantech-Bereich.

Schicksalsfrage

Die Hauptsponsoren des 14. Wirtschaftsforums Graubünden, durch das 10-vor-10-Moderator Stephan Klapproth führte, waren die Graubündner Kantonalbank (GKB), die ÖKK, Repower und die Südostschweiz Medien. Der CEO der GKB, Alois Vinzens, sagte zu Beginn der Tagung, für die Bündner Wirtschaft sei es von zentralem Interesse, dass rasch Wege aus der Schuldenkrise der Euro-Zone gefunden würden. Sowohl der starke Franken als auch die Energiepolitik betreffen Graubünden unmittelbar, weil die Wirtschaft von den Entwicklungen in der EU stark abhängig sei. Lösungen für die Probleme zu finden, werde zur Schicksalsfrage, sowohl für das Weiterbestehen der EU als auch für die Zukunft der Schweiz.

4680 Anschläge inkl. Leerzeichen